

## **Kohlekommission – Kohleausstieg – Strukturwandel im Rheinischen Revier Impulsreferat für den AK Wirtschaftspolitik am 4.2.20 von Christine Seiger**

Das rheinische Revier ist ein riesiges Braunkohle-Abbaugelände westlich von Köln, ganz nahe vor der Stadt. Schon seit dem 19. Jht. wird hier Braunkohle abgebaut. Von Brühl bis Mönchengladbach zieht sich ein langgestreckter Landstrich, der komplett von ehemaligen Tagebauen geprägt ist, die heute teils mit Forsten und teils mit Feldern und Wiesen rekultiviert sind. Der Tagebau Garzweiler bildet das nördliche Ende dieses Landstrichs.

Der Tagebau Inden nördlich von Eschweiler bewegt sich von West nach Ost, die rekultivierte Fläche ist etwa doppelt so groß wie die heute bestehende Grube. Inden ist das Gebiet im rheinischen Revier mit der längsten Bergbaugeschichte.

Der Tagebau Hambach nördlich von Düren wurde in den 70er Jahren als Reaktion auf die Ölkrise 1972 beschlossen und umgehend in Angriff genommen. Die Erde, die über der Braunkohle lag, wurde zur Sophienhöhe aufgeschichtet – dieser Berg ist heute als ein Rekultivierungsgebiet im Werden zu begehen. Man kann dort stundenlang wandern. Wenn man alle Wege abgehen wollte, bräuchte man dafür mehrere Tage. Der Tagebau Hambach direkt daneben ist der größte zusammenhängende Tagebau in Deutschland. Alle drei Tagebaue im rheinischen Revier hatten 2018 große weitere genehmigte Abbauflächen, deren bevorstehende Auskohlung noch nicht in der Landschaft sichtbar ist.

Rund um den Tagebau Hambach leben Menschen und Kommunen, die sich sehr genau daran erinnern, wie es (auch gegen Ihren Willen) losging mit dem Tagebau, die sich darauf eingestellt, daran gelitten und davon profitiert haben. Die Region war darauf eingestellt, den geplanten und von der Landesregierung genehmigten Braunkohlenabbau durchzuführen und danach über Jahrzehnte für die Rekultivierung zu sorgen – ein Aufgabe, die mindestens so groß und langandauernd ist wie die Erschließung und Auskohlung der Tagebaue.

Normalerweise ist die Landschaft an sich etwas, was Menschen als gegeben erleben. Diese Region ist aufgerufen, die Landschaft der Zukunft selbst zu gestalten und dabei damit umzugehen, dass es viele Probleme und Narben gibt: so sind z.B. frisch wieder aufgeschüttete Flächen nicht in der Lage, schwere Bauten zu tragen. Sie sind für Gewerbeflächen oder Wohngebiete kaum geeignet.

Die gesellschaftliche und politische Situation ist heute von der Diskussion um die riesigen CO<sub>2</sub>-Mengen bestimmt, die die Kohleverstromung erzeugt, die auf das weltweite Klima einwirken und die es zu verringern und schließlich ganz zu vermeiden gilt. Ein gasförmiges, globales Problem. Die Aufgabenstellungen vorort sind weit handfesterer Natur. Wie soll unsere Gegend in 50 Jahren aussehen? Wo entsteht ein See? Wo Wald, Feld, Gewerbefläche? Welche Unternehmen siedeln wir hier an? Wollen wir Hightec? Landwirtschaft? Beides? Wie organisieren wir das? Wer entscheidet was wann auf welcher Grundlage?

Mit diesem Referat möchte ich kurz rekapitulieren, was wir alle in den letzten Jahren zumindest in den Nachrichten verfolgt haben. Mir geht es so, dass in vielen Jahren das rheinische Revier für mich nur dann Thema war, wenn intensiv über die Proteste am Hambacher Wald berichtet wurde. Im Sommer 2018 ist dann vieles zusammen gekommen: der heiße trockene Sommer, das erneute Anschwellen der Proteste der Klimaschützer, wachsende Konflikte mit der Polizei. Das wachsende Bewusstsein, dass es eine grundsätzliche Umkehr beim Thema Klimaschutz und Kohleverstromung zwingend nötig ist, fiel zeitlich zusammen mit dem planmäßigen Ende der Steinkohleförderung in Deutschland.

Mit dem Bild von einem letzten Brocken Steinkohle, den ein Bergmann in die geöffneten Hände von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier legt, endet eine lange Geschichte des Steinkohlebergbaus, der nicht nur ganze Regionen wirtschaftlich geprägt hat, sondern ganz Deutschland. Die Kohle und die Stahlindustrie, der Strom aus den Kraftwerken hat den Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg maßgeblich ermöglicht und die weitere wirtschaftliche Entwicklung ebenso. Das macht die Bergbau treibenden Regionen zu Recht stolz und den Abschied schwer. So wie Grönemeyer es in dem Lied „Bochum“ besingt: „Grubengold hat uns wieder hoch geholt“.

Auch der Plan für das Ende des Steinkohlenbergbaus hat hohe Wellen geschlagen, nur liegen die schon Jahre zurück. Der Strukturwandel im Ruhrgebiet ist im Gange. Im Unterschied zum anstehenden Ausstieg aus dem Braunkohletagebau wurde der Abschied vom Steinkohlebergbau dadurch erleichtert, dass die Steinkohle nur noch in tiefen Tiefen erreichbar war und damit die Förderung unwirtschaftlich. Am 6. Juni 2018 hat die Bundesregierung die Kohlekommission eingesetzt, die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, ein Gremium, das den klaren Auftrag hatte, den Ausstieg aus Braunkohletagebau und Kohleverstromung in Deutschland zu planen. Ein Muster, mit dem Deutschland bereits gute Erfahrungen hatte: auch den Ausstieg aus der Kernenergie hat eine solche Kommission im Auftrag der Regierung verhandelt und vorbereitet.

In der Kohlekommission kamen 28 Mitglieder aus verschiedenen Wirtschafts-, Gesellschafts- und Politikfeldern zusammen: von Arbeitgeberverband bis Gewerkschaft, von Bürgerinitiative bis Rotes Kreuz, von Greenpeace bis zum Bundesverband der deutschen Industrie. Die Kommunal- und Landespolitik war über die beiden ehemaligen Ministerpräsidenten von Brandenburg und Sachsen, Matthias Platzeck (SPD) und Stanislaw Tillich (CDU) und durch Landrat Michael Kreuzberg (CDU) aus dem Rhein-Erft-Kreis (NRW) vertreten.

Die Kommission hat in 10 Plenarsitzungen und drei eintägigen Exkursionen in die drei Abbaugelände getagt und Ende Januar 2019, also nach 6 Monaten Arbeit, ihren Abschlussbericht vorgelegt. In diesem Abschlussbericht schlägt sie die schrittweise Stilllegung aller 29 Kohlekraftwerksblöcke (und damit aller Tagebaue) bis zum Jahr 2038 vor, beginnend mit der Stilllegung von 9 Blöcken in NRW bis 2022.



Danach rücken die Stilllegungen langsam nach Osten vor. 2030 sollen von den heute 29 noch 12 am Netz sein, je 4 in jedem Revier. Der Zeitplan ist darauf ausgerichtet, den Abbaugebieten mit den größeren Strukturproblemen mehr Zeit für Wandel und Neuausrichtung zu lassen. Zugleich macht die Kommission eine Fülle von Vorschlägen für die Neuausrichtung der Wirtschaftsstruktur in den betroffenen Regionen. Vor allem aber liefert sie – auftragsgemäß – einen Kompromissvorschlag über das geregelte Aussteigen aus wirtschaftlich tragfähigen Industrien im Einvernehmen von vier Bundesländern, der der Bundesregierung als Konsens vorgetragen wird: Wenn das so Gesetz wird, sind die betroffenen Bundesländer einverstanden und tragen das mit. Ich finde das ein beachtliches Ergebnis.

Es liegt in der Natur des Kompromisses, dass nicht alle zufrieden sind. Auch unser kölnischer grüner Newsletter hat schon unmittelbar nach der Veröffentlichung des allgemein als Kohlekompromiss bezeichneten Berichts aufgelistet, wie unzureichend das gefundene Ergebnis doch ist. Dennoch: der Ausstieg ist beschlossen. Das ist viel. Mehr jedenfalls, als noch vor zwei Jahren realistisch erschien. Man muss damit nicht zufrieden sein. Wir Grüne wollen mehr. Mehr Klimaschutz, mehr Umweltschutz, eine insgesamt ökologischere Wirtschaft. Klar, es bleibt viel zu tun. Ich denke es geht darum, die Umsetzung des Kohlekompromisses zu fördern und zugleich ein „Mehr“ zu ermöglichen. Doch dafür müssen wir erstmal Mehrheiten organisieren.

Letzte Woche (29.1.20) hat das Bundeskabinett den Entwurf für das Kohleausstiegsgesetz gebilligt, das hoffentlich im 1. Halbjahr 2020 beschlossen und in Kraft gesetzt wird. Dieses Gesetz schreibt die Stilllegungsdaten aller Kohlekraftwerke fest und regelt das Verfahren zur Abfindung der Kraftwerksbetreiber nach dem Grundsatz: „wer sich länger sträubt, bekommt weniger“. Das ist ein Weg, den ein Rechtsstaat aufrecht gehen kann. Ein zweites Gesetz, das „Strukturstärkungsgesetz“ wird sich mit den von der Kohlekommission vorgeschlagenen Maßnahmen zum Strukturwandel befassen und dafür Mittel bereitstellen.

Damit ist Deutschland bislang eins von ganz wenigen Industrieländern weltweit, das verbindlich sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Kohleverstromung aussteigt. Der geplante Kohleausstieg soll zur Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens wesentlich beitragen. Die Maßnahmen zum Strukturwandel müssen dabei auch sicherstellen, dass die Energieversorgung stabil bleibt, wenn Kohle aus dem Energiemix ausscheidet.

1990 betrug der Kohleanteil 56,7 % der deutschen Stromerzeugung, im Jahr 2018 noch 35 %, die natürlich künftig aus regenerativen Quellen ersetzt oder eingespart werden müssen.

Die Erfahrung, dass zentralisierte Energiegewinnung unsere Wirtschaft stark gemacht hat, sitzt tief. Die Mehrheit der Deutschen, zumal in den großen Städten, ist es gewohnt, dass die Energiegewinnung für sie unsichtbar aber selbstverständlich zu 100% zuverlässig ist. Es wird viel Arbeit nötig sein, unsere Gesellschaft für dezentralere und damit im Alltag der meisten sicht- und spürbare Energieerzeugung zu gewinnen. Der Verweis auf frühere Zeiten, wo unzählige Mühlen Wasser- und Windkraft für gewerbliche Produktion nutzten, hilft da nur begrenzt weiter: damals war das Land deutlich dünner besiedelt, die Städte viel kleiner und der Energieverbrauch pro Kopf im Vergleich zu heute minimal. Es gibt viel zu tun.

Der Kohlekompromiss und die Gesetze, die aus ihm erwachsen, sind Teile des Green New Deals, folgen der Idee, Wirtschaft wirtschaftlich umzugestalten, um auf ökologischerem Weg weiterhin marktwirtschaftlich zu funktionieren. Das ist zunächst einmal das, was rechtsstaatliche Regierungen tun können.

Ursula von der Leyen als neue Vorsitzende der EU-Kommission trägt dieses „Was in Deutschland geht, muss auch in Europa gehen“ weiter. Ich glaube nicht, dass ihre europäische Initiative zum Klimaschutz ohne den deutschen Atomausstieg und den Kohlekompromiss so möglich wäre. Auch die

Aussicht, mit der konsequenten Umsetzung die gesamte europäische Wirtschaftsentwicklung in Richtung Klimaschutz, Ökologie und Nachhaltigkeit zu schubsen, sollte uns in Deutschland zu Disziplin und konstruktiver Mitarbeit verleiten.

Das Pariser Klimaabkommen, der Kohlekompromiss und die Idee des Green Deal für Europa sind große Würfe, große Ideen, für deren Umsetzung es sich zu arbeiten, zu streiten und zu kämpfen lohnt. Auch wenn es politisch und im Alltag mühsam ist und ganz banal mit dem Einsparen von Strom beim Duschen und dem Verzicht auf Plastikbecher beginnt. Es geht weiter mit dem Blick darauf, das eigene Lebens- und Arbeitsumfeld in Richtung Ressourcen-, Umwelt- und Klimaschutz zu verbessern und auf politische Weichenstellungen Richtung Nachhaltigkeit und Energieeffizienz zu setzen, wo immer man Einfluss hat.

Wichtig ist es dabei, konstruktiv zu bleiben, nicht denen, die was Richtiges machen, sagen, dass das zu wenig ist. Sondern sagen, wie es besser geht. Auch dann, wenn es teuer ist. Und dann auch ehrlich sagen, wie es bezahlt wird. Zum Beispiel durch Verzicht auf persönlichen Komfort. Auch durch Gesetze, die Umkehr erzwingen. Das Kohleausstiegsgesetz und das Strukturanpassungsgesetz gehen in diese Richtung, auch wenn sie von der schwarz-roten Koalition erlassen werden.

Der längste Weg, die steilste Bergtour beginnt mit dem ersten Schritt, dem der nächste folgt. Nicht nur einmal, sondern immer wieder. Der Kohlekompromiss und seine Umsetzung sind global gesehen ein kleines Kapitel, in Bezug auf Deutschland und den möglichen Einfluss auf die EU aber ein großes. Köln ist ein Teil der Region um das rheinische Braunkohlenrevier, das diesen Wandel in den nächsten Jahren und Jahrzehnten durchbuchstabieren wird. Das ist eine große Aufgabe, auch eine Last. Es ist aber auch eine Riesenchance, diesen Wandel zu gestalten.

Der Rhein-Erft-Kreis ist ein Hotspot des Strukturwandels. Der Kohlekompromiss hat die bisherigen Planungen über den Haufen geworfen. Ein drastisches Beispiel ist die Lage des Restsees: Aufgrund der genehmigten Abbaumengen und -zeiträume wurde eine bestimmte Endsituation erwartet: am Ende des Tagesbaus entsteht ein See, der eine bestimmte Größe und Lage hat. Da nun aufgrund des vorzeitigen Endes der Kohleförderung weniger Material entnommen wird und manche geplante Abbaugelände gar nicht angetastet werden, wird der Restsee kleiner und kommt an einer anderen Stelle zu liegen als ursprünglich geplant. Dadurch verliert eine Kommune an Landfläche, die andere gewinnt welche dazu.

Im Sommer 2019 habe ich an mehreren Diskussionsveranstaltungen zum Thema Strukturwandel im Rhein-Erft-Kreis teilgenommen. Neben der Geschichte vom Restsee ist mir das Statement eines Bürgermeisters im Gedächtnis geblieben, der sinngemäß sagte: „Wenige Wochen nach der Veröffentlichung des Kohlekompromisses erhielten wir Anfragen aus Berlin, wie wir den Strukturwandel denn nun machen wollen und Anfragen von Unternehmen aus dem In- und Ausland, die sich Gewerbeflächen sichern wollten, um von den Strukturwandel-Milliarden zu profitieren. Dabei weiß ich noch nicht einmal, wie die Bodenqualität der freien Flächen meiner Kommune in zehn Jahren sein werden, wie groß sie sein werden und ab wann rekultivierte Flächen mit Infrastruktur erschlossen werden. Manche Bürger wünschen sich die Rückkehr zur Landwirtschaft, andere wollen Hightec-Industrien anzusiedeln. Es bleibt höchst anspruchsvoll. Wir werden lange ohne fertige Antworten auskommen müssen“.

Die Anforderungen an die Kommunen unserer Region werden in Bezug auf die ökosoziale Transformation der nächsten Jahre und Jahrzehnte extrem vielfältig und fordernd sein. Ich denke, wir tun gut daran, uns in der Nachbarschaft kontinuierlich auszutauschen, einander zuzuhören und voneinander zu lernen. Viele Aufgaben stehen auch überall an. So ist z.B. der massive Ausbau von dezentralen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien überall ein Thema. Nicht nur in den bislang mit der Kohlegewinnung befassten Regionen. Das müssen auch all die Menschen begreifen,

die gegen Windkraftanlagen und den Ausbau von Stromtrassen protestieren und damit den Ausbau regenerativer Energien behindern. Es geht darum, nüchtern und vernünftig Mehrheiten für ökologisch sinnvolle Schritte zu organisieren. Es wird nur in Stücken gehen. Dabei müssen wir das Bewusstsein wachhalten, dass Klimaschutz zwar ein existenzielles Thema ist, aber nicht das Einzige. Nicht einmal beim Umweltschutz. Daneben bleiben Gewässerschutz, Pestizid- und Düngemittelleinsatz, Bodenerosion, Artenverluste, Lärm- und Feinstaubemissionen – um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Und es gibt so unendlich viele weitere Themen – soziale, wirtschaftliche, kulturelle. Das soll uns nicht entmutigen, sondern weiter ermuntern zu tun, was wir können. Im Alltag, in Köln, im Wahlkampf, am Arbeitsplatz, überall da, wo wir sind und Einfluss haben. Ich freue mich, dass Andreas und Christoph sich bereit erklärt haben, uns anhand von Erfahrungen aus ihrem Arbeitsumfeld Beispiele vorzutragen, wie Unternehmen beginnen, Ihren Teil zur ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft beizutragen.

Danke für Eure Aufmerksamkeit.